

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon Nr. Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Flugvorchrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Preußen- und Reichskrise. Wiederherstellung der alten Koalition in Preußen?

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die preussische Regierungsbildung ist noch immer nicht gelungen. Es scheint, nach der Haltung der Reichspresse zu urteilen, daß der Ministerpräsident Stegerwald nunmehr an die Wiederherstellung der alten Koalition denkt und daß er der Deutschen Volkspartei, die eine Beteiligung durch parlamentarische Vertreter wünscht und sich mit den Beamten nicht begnügen wollte, eine Abjage erteilt hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die Krise im Laufe des heutigen Tages gelöst werden kann, nachdem auch gestern ihre Lösung nicht gelungen. Es hat den Anschein, daß die preussische Regierungsbildung in einem Zusammenhang mit den Verhältnissen im Reich steht. Auch dort will das Gerücht über eine notwendige Umbildung des Kabinetts nicht verstummen. Die Germania weist in ihrer gestrigen Abendausgabe darauf hin, daß Personenfragen einer klaren, sicher beachteten Politik in der Wiederherstellung einer Regierung im Reich steht. Auch dort will das Gerücht über eine notwendige Umbildung des Kabinetts nicht verstummen. Die Germania weist in ihrer gestrigen Abendausgabe darauf hin, daß Personenfragen einer klaren, sicher beachteten Politik in der Wiederherstellung einer Regierung im Reich steht. Auch dort will das Gerücht über eine notwendige Umbildung des Kabinetts nicht verstummen. Die Germania weist in ihrer gestrigen Abendausgabe darauf hin, daß Personenfragen einer klaren, sicher beachteten Politik in der Wiederherstellung einer Regierung im Reich steht.

## Der Generallstreik in England beschlossen.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Ueber den Streik in England liegen Nachrichten vor, die besagen, daß der Generallstreik kaum noch verhindert werden kann. Der Dreierband hat den Beginn des Streikes für Freitag, den 15. April, abends 10 Uhr beschlossen. Auch von anderer Seite finden sich Gewerkschaften zur Unterstützung des Arbeiterbundes bereit. Thomas erklärte, daß schon von verschiedenen Gewerkschaften Anträge eingelaufen seien, daß auch von dieser Seite aus mit einem Sympathiestreik gerechnet werden könne. Es kommen zunächst in Betracht die Eisenbahnangestellten, die Techniker und die Feuerleute. Die Gewerkschaften dieser drei Gruppen halten gegenwärtig eine Sitzung ab, und man erwartet von ihrer Seite ein Eingreifen in den Streik. Von der Gewerkschaft der Techniker und Feuerleute würden 75 000, der der Eisenbahnangestellten 90 000 und der Elektriker 100 000 in Frage kommen.

London, 13. April. Die Lokomotivführer und Heizer, die eine von der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war haben beschlossen, am Freitag ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

London, 14. April. Der Bund des Verwaltungspersonals bei den Eisenbahnen hat ebenfalls beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Lloyd George hat an die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter geschrieben und nach ihren Gründen gefragt, die sie dazu geführt haben, ihren Volksgenossen einen derartigen Streik zu spielen.

London, 14. April. (T.U.) Die Elektrizitätsarbeiter haben ebenfalls beschlossen, sich dem Streik anzuschließen.

London, 13. April. Der Star meldet, einzelne Arbeiterführer, besonders Henderson und Clynes, seien im Sinne einer friedlichen Regelung des Streiks tätig. Die Mehrheit der Seeleute hat bisher gegen den Streik gestimmt. — Morgen tritt im Unterhause eine Sitzung des Parlamentsauschusses der Arbeiterpartei und der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei zusammen. Für morgen ist eine nationale Konferenz aller Verbände einberufen, die der Federation of General Workers angehören. Diese Organisation umfaßt 1 1/2 Millionen Mitglieder in England, die auf 100 Industriezweigen außerhalb der für den Arbeiterbundes in Betracht kommenden verteilt sind.

## Ausstellungen in den Bergarbeiterbezirken.

London, 14. April. Reuter meldet: Am Dienstag abend überfielen 2000 Bergarbeiter neun Signalhäuser in Thornton und zwangen die Signalisten, zu fliehen. Demzufolge wurde die Eisenbahnlinie eine Zeitlang unbrauchbar und der Güterverkehr ernstlich bedroht. Die Angreifer plünderten Schuppen und Arbeitsplätze. — Blättermeldungen zufolge haben 5000 bis 6000 Bergarbeiter in der Mitternachtsstunde einen Angriff auf die Zentral-Verteilungskontrolle der nordbritischen Eisenbahnen in Hesse ausgeführt. Die Signalwärter wurden gezwungen, ihre Posten zu verlassen; Güterzüge wurden geplündert und beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt. In einem Dorf wurde ungeheurer Sachschaden angerichtet. Polizeiverstärkungen, die in Lastautos eintrafen, Militär und Marine unterdrückten die Unruhen.

## Revolutionäre Propaganda unter den Truppen.

London, 14. April. (T.U.) Die englischen Blätter berichten, daß die Polizei eine umfangreiche Verschwörung entdeckt habe. Der Zweck dieser Verschwörung war, Ungehorsam unter den Truppen anzuküpfen.

Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Man vermutet, daß mit Geldmitteln reichlich versehene Elemente die jetzige kritische Lage auszunutzen versuchten.

## Das unverantwortliche Spiel soll weitergehen. Das Moskauer Exekutivkomitee ermuntert zu neuen Putsch-„Aktionen“.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die rote Presse veröffentlicht heute einen Aufruf des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, in der es zur letzten kommunistischen „Aktion“ heißt: Die kommunistische Internationale sagt euch, ihr habt recht gehandelt. Niemals kann der Sieg der Arbeiterklasse auf einen Schlag erfochten werden. Ihr habt ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aufgeschlagen. Rüstet zu weiteren Kämpfen, prüft die Erfahrungen eurer Kämpfe, lernt aus ihnen, schließt eure Reihen, stärkt eure legalen und illegalen Organisationen, verschärft die proletarische Disziplin und die kommunistische Einsicht der Kämpfer.

Dies offene Bekenntnis zur nächsten Putschaktion, zur Politik der blutigen Abenteuer auf Kosten der Arbeiter erscheint gerade im selben Moment, da das Wort einer Broschüre bekannt wird, die Paul Levi in den nächsten Tagen veröffentlichen will.

Als der Abschub Levis aus der Zentrale der KPD, erfolgt war, er selbst innerhalb seiner Partei als „Bourgeois“, „glückseliger“, „den bösen Unabhängigen“, vertrieben wurde, plante er, ein letztes Versehen, die Partei vor dem durch die blindwütige Aktionspolitik der KPD-Zentrale heraufbeschworenen Zusammenbruch zu retten. In einer Broschüre wollte er seinen Parteigenossen seinen Standpunkt darlegen, hoffend, auf diese Weise großes Unheil abwenden zu können. Aber als er die Broschüre unter der Feder hatte, setzte die Katastrophe bereits ein. Wir bringen nachstehend das Wort der in einigen Tagen erscheinenden Wahrschiff:

Als ich diese Broschüre plante, bestand in Deutschland eine kommunistische Partei von 500 000 Mitgliedern. Als ich sie acht Tage später schrieb, war diese kommunistische Partei in ihren Grundfesten erschüttert, ihr Bestand in Frage gestellt.

Es mag als Wagnis erscheinen, in einer solch schweren Krise, in der die kommunistische Partei sich jetzt befindet, mit einer so schonungslosen Kritik zu kommen. Auch kurze Ueberlegung schon muß sagen, daß diese Kritik nicht nur nützlich, sondern notwendig ist. Das unverantwortliche Spiel, das mit der Existenz einer Partei, mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, muß zu Ende gebracht werden. Es muß durch den Willen der Mitglieder beendet werden, wo die Verantwortlichen auch heute noch nicht sehen wollen, was sie getan haben. Die Partei darf nicht geschlossenen Auges in Anarchismus, Bakunin'scher Theorie hineingezerrt werden. Kann in Deutschland noch einmal eine kommunistische Partei aufgebaut werden, so verlangen die Toten in Mitteldeutschland, in Hamburg, im Rheinland, in Baden, in Schlesien, in Berlin, verlangen die vielen Tausende von Gefangenen, die das Opfer dieses bakunin'schen Wahnsinns geworden sind, so verlangen sie alle angesichts der Vorgänge der letzten Woche:

„Niemals wieder!“

Es versteht sich von selbst, daß das Wüten des weißen Schreckens nicht der Mantel sein darf, hinter dem die Verantwortlichen sich ihrer politischen Verantwortlichkeit entziehen. Und es versteht sich nicht weniger von selbst, daß das Wüten und Schimpfen einen Maß, das sich jetzt erheben wird, sein Grund sein darf, die Kritik zu unterlassen. So wende ich mich getrost an die Mitglieder der Partei mit dieser Schilderung, die jedem das Herz zerschneiden muß, der mit ansah, was hier zerschlagen ward. Es sind bittere Wahrheiten, aber: „Es ist Arznei, nicht Gift, was ich dir reiche“.

Geschrieben: 3./4. April 1921. Paul Levi.

Es fragt sich nun nur, wie lange Paul Levi nach dieser offenen Aufforderung gegen die gebietende Moskauer Instanz noch in der „kommunistischen Partei“ sein wird. Es wird wohl sehr eine der verüblichen „Säuberungen“ eintreten müssen, wie sie die 21 Moskauer Bedingungen vorsehen. Levi wird mit demselben Streik ohnehin werden, den er der USV. zugedacht hatte. Und der Erfolg wird weitere Zersplitterung der Kommunisten sein. Wie wirs vor Halle leicht vorausagen konnten.

## Ungarn vor einem neuen Putsch?

Zürich, 13. April. Nach einer Meldung der Neuen Züricher Zeitung aus Budapest verweigert Oberst Behár, der wegen seiner Beteiligung am Karlistenputsch vom Reichsverweser Horthy seines Amtes enthoben wurde, den Gehorsam, und sucht an der Spitze seiner Truppen die royalistischen Offiziere gegen Horthy zu organisieren. Man befürchtet daher einen neuen Staatsstreich in Ungarn.

## Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten.

Wien, 14. April. (T.U.) Aus Budapest wird berichtet: Der ungarische Ministerpräsident Graf Teleki ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist die Folge seines Verhaltens während der Affäre des ehemaligen Kaisers Karl, die namentlich bei der Partei der kleinen Landwirte große Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

## Der persisch-russische Vertrag.

W. O. In der politischen Hochspannung, die vor, während und nach der Londoner Konferenz das politische Leben Deutschlands beherrschte, haben die Vorgänge im nahen Orient allzu wenig Beachtung gefunden. Unse schnell lebende Zeit aber hat bedauerlicherweise nicht genügend Mühe, rückblickend die wichtigsten Ereignisse unserer Zeitgeschichte sich in ihrer Bedeutung ins Gedächtnis zu rufen. Schon beginnen wieder die Meldungen von neuen deutschen Vorschlägen zur Reparationsfrage das politische Interesse zu absorbieren, so daß es die höchste Zeit ist, sich die Bedeutung der letzten im nahen Orient abgeschlossenen Verträge vor Augen zu führen.

Optimisten, die nach dem äußeren Schein zu urteilen pflegen, haben geglaubt, daß der englisch-russische Vertrag eine neue Ära der Politik bedeutet. Auf der einen Seite erwartete man das Aufleben der englisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, auf der anderen Seite glaubte man, daß England nunmehr seinen Kolonialbestand im Orient vor der bolschewistischen Agitation gerettet habe. Eines eitr Irrtum wie das andre. Es wird so wenig ernsthaft englisch-russische Handelsbeziehungen geben, wie die Sowjetregierung dazu weder den Willen noch die Möglichkeit hat. Der ganze Zweck des Abkommens bestand für die Sowjetregierung darin, ihr politisches Ansehen im Lande durch den Abschluß diplomatischer Verträge zu stärken. Im übrigen aber ist sie schon deshalb nicht zur Aufnahme wirklicher wirtschaftlicher Beziehungen mit den übrigen Ländern bereit, weil die Leiter der 3. Internationale noch immer die Gedanken nicht aufgegeben haben, die kommunistische Herrschaft in Rußland durch Revolutionsversuche sinnvoller Art in Europa wie in Asien neu zu fundieren. Deshalb mußte man auch auf englischer Seite irren, wenn man glaubte, daß dieser Vertrag irgendeine Sicherheit vor der bolschewistischen Agitation im Orient bilde.

Eine große Lücke klafft im englisch-russischen Vertrage. Während die Sowjetregierung sich zwar verpflichtet, keinerlei Agitation in Afghanistan und Armenien zu betreiben, fehlt doch eigenartigerweise dieses Zugeständnis für Persien. In dieser Lücke paßt sehr genau der persisch-russische Vertrag, der am 21. Februar dieses Jahres von Mutschawerskiematsch, dem Vertreter Persiens bei der Moskauer Räteregierung unterzeichnet worden ist. In diesem Vertrage sucht die russische Sowjetregierung durch weitgehende Konzessionen sich die Sympathie Persiens zu sichern. In den Artikeln 1 und 2 erklärt die Sowjetregierung die Aufhebung sämtlicher Verträge, die der frühere russische Staat mit Persien oder mit einer dritten Macht über Persien geschlossen hat. Wer sich erinnert, daß noch während des Krieges große Teile Persiens völlig in russischer Hand waren, daß vor dem Kriege Persien in drei Sphären eingeteilt war: in die nördliche russische, die jüdische englische Einflusssphäre und die mittlere neutrale, der kann leicht verstehen, welche Bedeutung diese Artikel für die persische Selbständigkeit haben. In den Artikeln 4 und 5 annulliert die Sowjetregierung nicht nur die persischen Schulden, sondern überläßt auch die Diskontobank samt ihren Beständen, ihren gesamten Außenständen, sowie ihrem Vermögen dem persischen Staat. Damit hat auch die Finanzhoheit des früheren russischen Staates über Persien ein Ende genommen. Aber auch die von der russischen Regierung völlig oder zum Teil erbauten Straßen, Landungsplätze und Hafenanlagen werden Persien zugesprochen. Sämtliche russischen Konzessionen, nicht nur die des russischen Staates, sondern auch die seiner Staatsangehörigen, werden für null und nichtig erklärt gegen die persische Verpflichtung, diese Konzessionen weder an andre Mächte noch an deren Staatsangehörige zu vergeben. Ein neuer Schritt zur Selbständigmachung des persischen Staates. Auch die alte religiöse Agitation der früheren russischen Regierung wird aufgehoben. In bezug auf den Handelsverkehr sichern beide Staaten sich die Rechte der meistbegünstigsten Nation zu und räumen sich für ihr beiderseitiges Gebiet das Recht der freien Warenzufuhr ein. Der Handelsverkehr und die Zollabgaben für russische Waren, die nach Persien eingeführt werden, sollen durch eine besondere Kommission geregelt werden, die aus Vertretern Rußlands und Persiens besteht. In bezug auf die englisch-russische Orientfrage sind die Artikel 19 und 20 die wichtigsten, die besagen: „Falls feindliche Truppen von persischem Gebiete aus Rußland auszugreifen drohen und Persien nicht in der Lage ist, diesen Angriff abzuwehren, wird es, nachdem Rußland die Aufmerksamkeit der persischen Regierung darauf gelenkt hat und die Notwendigkeit der Abwehr nachgewiesen hat, den Einmarsch russischer Truppen nicht hindern. Rußland wird auch Uebergriffe seitens Armeniens und Aserbeidshans Persien gegenüber verhindern. Falls Marineoffiziere, die im Dienste der persischen Regierung stehen, ihre Stellung zu feindlichen Schritten gegen Rußland mißbrauchen, so kann Rußland ihre Abberufung verlangen.“ Es genügt zum Verständnis, darauf hinzuweisen, daß diese Marineoffiziere englische Instruktionen und daß Aserbeidshan und